

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Abgabe für den Posttransport. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben und anseren Kunden zu jeder Zeit bezogen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumpalte 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Raumpalte im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige und Vorkaufspreise werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen für die Nachtzeit von 10 bis 12 Uhr werden nach Möglichkeit angenommen bis vorm. 10 Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabatianspruch erlischt, wenn der Betrag durch die Fernrufübermittlung über den Kassenbeleg in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 214 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Sonnabend, den 13. Sept. 1930

Heißes Ringen.

Ein altes Lied. — Vage Hoffnungen. — Suchende Wähler. — Der letzte Appell.

Eine Abrüstungsfanfare ist wieder von Genf aus in die Welt geschmettert worden. Henderson, Englands Außenminister, hat sich für die Abrüstung mit einem Eifer eingesetzt, den man sonst an den Bedachten, kühl abwägenden Vorden kaum kennt. Es ist eigentlich ein altes Lied, das in Genf schon oft, fast bis zur Ermüdung, gesungen worden ist. Aber diesmal klingt es wieder besonders eindrucksvoll, so daß es doch im Ohr haften bleibt. Die Abrüstung ist eine Pflicht für den Völkerbund, und das im Vorkriegesversprechen ist seit elf Jahren noch nicht eingelöst. Das stellte Henderson vor den in Genf versammelten zahlreichen Außenministern mit Nachdruck fest. Seine Ausführungen schienen besonders an seinen französischen Kollegen Briand gerichtet zu sein, der kurz zuvor mit der ihm eigenen Eleganz für seine Europa-pläne eine Lanze zu brechen suchte. Es war also wieder ein Duell zwischen Frankreich und England, ein Zweikampf, wie er schon während der ganzen Abrüstungsverhandlungen geführt wird, bei dem es vor allem um die Frage geht, ob erst die Abrüstung erfolgen solle, damit der Krieg verschwinde und die friedliche Entwicklung der Völker gesichert ist, oder ob erst Sicherheiten für den jetzigen Bestand der Ländergrenzen gegeben werden müssen, bevor man allgemein an die Abrüstung gehen könne. Um zwei Anschauungen wird hier heiß gerungen. Auf der einen Seite steht England, unterstützt von Deutschland und Italien, die zunächst die Abrüstung wünschen, in deren Folge die Stabilität des Friedens als selbstverständlich gegeben ist, auf der anderen Seite Frankreich mit seinen Gesinnungsfreunden, die erst der Sicherheit das Wort reden, um dann — vielleicht — zur Abrüstung zu kommen. Henderson hat in seiner vielbeachteten Rede der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Abrüstungskommission im November ihre Aufgabe voll erfüllen wird. Diese Hoffnung ist allerdings sehr vage, wenn man weiß, daß Frankreich an seinen Abrüstungen nicht rütteln lassen wird, und der Völkerbund mühe schon ganz andere Geschäfte als bisher aufzuführen, wenn er seinen Willen Frankreich gegenüber durchsetzen will.

Die Genfer Fansare hat beinahe den Wahllampf in Deutschland überdönt, der nun an seinem Ende angelangt ist. Dieser letzten Wochen Dual war groß, kann man ein bekanntes Schillerwort abwandeln, wenn man diesen Kampf jetzt überschaut. Groß für die Wahlkandidaten, die Abend die Massen für ihre Ideen zu begeistern suchten und mit ihren politischen Gegnern den Degen kreuzen mußten; groß auch für die suchenden Wähler, die oft in drangvoll fürchterlicher Enge die Ergüsse der Verbenden über sich ergehen lassen mußten, um sich hinterher wie der grübelnde Faust einzusehen, daß sie „so klug als wie zuvor“ seien. Mancher wird in seiner Verzweiflung überhaupt nicht zur Urne gehen wollen, weil ihm dies und jenes an der Partei nicht gefällt, die er vielleicht gewählt haben würde, wenn dies und jenes anders wäre. Es wird aber selten ein Parteiprogramm geben, das vollkommen mit den Anschauungen und Wünschen eines nachdenkenden Wählers übereinstimmt; und so sollte man wenigstens der Partei seine Stimme geben, deren Wünsche und Ziele am ehesten den seinen entgegenkommen. Also man wähle! Es ist der letzte Appell, mit Hand anzulegen an der Gestaltung seines Vaterlandes. Man lasse auch hier den Reichspräsidenten als leuchtendes Vorbild der Pflichterfüllung scheinen, der seinen Urlaub in Bayern beendet hat, um an seinem Wohnort sein höchstes Bürgerrecht auszuüben.

Man hat im Wahlkampf viel gemunkelt, ist leider oft nicht davor zurückgeschreckt, dem politischen Gegner die tollsten Ungereimtheiten an den Rockschöß zu hängen. Und mit Wehmut fand man es bestätigt, daß ein altes Volkswort noch immer Wahrheit ist, daß nämlich nie so viel gelogen wird wie nach einer Jagd, während eines Krieges und vor einer Wahl. In Wahlzeiten geht es auch in anderen Ländern nicht immer sein zu. Jetzt aber, wo der Kampf beendet ist, seien diese Unstimmigkeiten aus dem Wege geräumt, seien sie vergessen. Bald liegt das Ergebnis des Kampfes vor. Und dann werden sich vielleicht die, die gestern noch Feinde waren, wieder zusammenschließen müssen, um an dem Wiederaufbau Deutschlands sachlich zu arbeiten. Heran aus Wert! Der deutschen Zwierteilung mitten ins Herz!

Der Saar-Bahnschutz verschwindet

Panuropa und Abrüstung.

Sicherungen an der Saar.

Der Völkerbundrat in Genf trat erneut zusammen um den Bericht des Italieners Scioloja über die endgültige Regelung der Bahnschutzfrage im Saargebiet entgegenzunehmen. In den vertraulichen Verhandlungen die in den letzten Tagen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung stattgefunden haben, war eine Vereinbarung zustande gekommen. Der Völkerbundrat beschloß einstimmig, den internationalen Bahnschutz im Saargebiet sowie die Eisenbahnkommission innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten aufzulösen.

Der Berichterstatter, der Italiener Scioloja, berichtete dem Völkerbund über die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung, die zu der Einigung geführt hätten. Danach hat der vom Völkerbundrat am 10. September eingesetzte Ausschuss an die Saargebietregierung die Frage gerichtet, ob diese in der Lage sei entsprechend dem Versailler Vertrag den Transport und den Transit im Saargebiet zu sichern und unter welchen Bedingungen. Die Saargebietregierung hat darauf erklärt, sie sei in der Lage, die Verantwortung für die Sicherheit des Transports und des Transits auf den Eisenbahnen des Saargebietes im Falle einer Zurückziehung des internationalen Bahnschutzes in folgender Weise zu übernehmen:

Sie werde bei der Ausbildung und der Zusammenfassung der lokalen Gendarmerie der Notwendigkeit des Schutzes des Transports und des Transits im Saargebiet besonders Rechnung tragen. Sie werde einen besonderen Organismus bilden, für den die einleitenden Schritte bereits ergriffen seien, um vom technischen Standpunkte aus die Sicherheit des Transports und des Transits zu gewährleisten. Für den Fall von Unruhen habe sich die Saargebietregierung bereits das Recht vorbehalten, in Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages die notwendigen militärischen und technischen Kräfte kommen zu lassen, um den Eisenbahnverkehr aufrechterhalten zu können.

Reichsaussenminister Dr. Curtius gab eine Erklärung ab, in der er den nunmehr ab 1. Januar hergestellten Zustand begrüßt. Zu dem dritten Punkt der Stellungnahme der Saargebietregierung habe Dr. Stresemann seinerzeit im Völkerbundrat bereits den deutschen Rechtsstandpunkt eingehend dargelegt. Es erübrige sich somit, auf diese Frage einzugehen, zumal der vorgehende Fall nach Überzeugung des Dr. Curtius niemals eintreten werde. Briand gab der gleichen Meinung Ausdruck und gab die Zustimmung Frankreichs zu den Abmachungen bekannt. Damit sind die Völkerbundverhandlungen über die Saarfrage beendet.

Weltabrüstung verlangt.

Der französische Außenminister Briand hat an den Präsidenten der Völkerbundversammlung, Titulescu, ein Schreiben gerichtet, in dem er beantragt, die paneuropäische Frage auf die Tagesordnung der Völkerbundversammlung zu setzen.

Die paneuropäische Frage soll dem zuständigen Politischen Ausschuss überwiesen werden. In Konferenzreisen wird erwoaten, neben der Behandlung im Politischen

Um die Einstellung des Baues am Mittellandkanal.

Eine Erklärung Preußens.

In einzelnen Blättern wird die preussische Staatsregierung für die Einstellung des Baues des Mittellandkanals verantwortlich gemacht, da Preußen sich weigere, seinen Anteil an den Baukosten bereitzustellen. Hierzu erklärt der amtliche Preussische Pressedienst: Die Entscheidung, ob der Bau eingestellt werden muß, liegt allein in der Hand der Reichsregierung. Allerdings sind die beteiligten Länder vertraglich verpflichtet, ein Drittel der Baukosten aufzubringen. In dem Vertrage heißt es aber im Paragraph 8 ausdrücklich, daß Preußen nur unter dem Vorbehalt der gesetzlichen Bereitstellung der Mittel zur Zahlung verpflichtet ist, d. h., daß es nur dann die Zahlungen leisten darf, wenn es tatsächlich die Mittel dazu bereit hat. Das ist zurzeit nicht der Fall, denn aus laufenden Etatmitteln können die erforderlichen Aufwen-

Ausschuss einen Sonderausschuss der europäischen Mächte für die Behandlung der Frage einzusetzen. Es besteht übereinstimmend der Eindruck, daß die Ausschussverhandlungen sich auf die wirtschaftspolitischen Fragen Europas richten werden. Der südafrikanische Ministerpräsident Dreyer forderte mit großem Nachdruck ebenso wie Henderson die allgemeine Abrüstung. Das Vertrauen der europäischen Staaten stelle die schwerste Gefährdung des Friedens dar. Die außereuropäischen Staaten erwarteten, daß die europäischen Großmächte jetzt endlich entscheidende Schritte auf dem Wege der Abrüstung ergreifen.

Der dänische Außenminister Munch beantragte in der Generalversammlung der Völkerbundversammlung im Namen von Holland, Norwegen, der Schweiz, Estland, Lettland, Finnland und Dänemark, der Völkerbundrat möge im Hinblick auf die verschiedenartige Auslegung der Weisbegünstigungs Klausel die Mittel prüfen, um zu einer internationalen Regelung der Weisbegünstigung zu gelangen. Der dänische Außenminister verlangte, wie die meisten übrigen Redner, den Abschluß der vorbereitenden Abrüstungsarbeiten und die möglichst baldige Einberufung der Weltabrüstungskonferenz.

Kritik am Völkerbund.

Der Präsident der Völkerbundversammlung, Titulescu, gab am Freitag bekannt, daß die deutsche Abordnung beantragt habe, die Minderheitenfrage auf die Tagesordnung zu setzen und dem Politischen Ausschuss zu überweisen. Ferner habe die holländische Abordnung beantragt, auch die Abrüstungsfrage im Politischen Ausschuss zur Aussprache zu stellen.

In der Generalversammlung kritisierte der holländische Außenminister Veeslaris scharf die bisherige Erfolglosigkeit der Völkerbundtätigkeit. Er führte den Nachweis, daß auf den verschiedenen politischen und wirtschaftspolitischen Gebieten wenig befriedigende Ergebnisse und sogar vielfach Mißerfolge zu verzeichnen seien. Insbesondere seien die Arbeiten auf dem Gebiete der Abrüstung trotz jahrelanger Verhandlungen seinen Schritt vorwärts gekommen. Änderungen im Völkerbundsekretariat seien notwendig. Die heutige europäische Wirtschaftszollüberhebung verhinere jede wirtschaftliche Gesundung Europas. Ein Erfolg werde jedoch nur möglich sein, wenn das Gefühl für die internationale Zusammengehörigkeit der Völker lebendig werde.

Für ein Verbleiben Calonders.

Gemeinsamer Antrag von Curtius und Jaleski beim Völkerbund.

Dr. Curtius und der polnische Außenminister Jaleski haben in einem gemeinsamen Schreiben beim Völkerbundrat beantragt, den Präsidenten der deutsch-polnischen Schiedskommission in Oberschlesien, Calonder, zu einer Zurücknahme seines Rücktrittsgewüches zu veranlassen.

Ueber den Antrag wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Rates entschieden werden. Man erwartet, daß der Völkerbundrat einstimmig Calonder im Hinblick auf seine großen Verdienste in Oberschlesien ersuchen wird, weiterhin dem Völkerbund zur Verfügung zu stehen.

Dungen nicht bestritten werden und die Aufnahme einer Anleihe verbietet sich bei der jetzigen Lage der Finanzen auch im Interesse der Reichsfinanzverwaltung von selbst. Die Aufrechterhaltung geordneter Finanzen ist bisher der oberste Grundsatz der preussischen Finanzverwaltung gewesen. Er wird es auch in Zukunft bleiben.

Der Reichshaushalt für 1931.

Lebigensteuer soll bestehen bleiben.

Die im Reichsfinanzministerium in Angriff genommenen Arbeiten zur Feststellung des Reichshaushalts für das Jahr 1931 sind jetzt so weit vorgeschritten, daß die ersten Einzelheiten bekannt werden. Der Gesamthaushalt soll eine Milliarde weniger umfassen als der laufende Etat für 1930, dem allerdings noch die endgültige Genehmigung des Reichstages fehlt.

Auf der Einnahmenseite für 1931 wird mit einem Steuerausfall von 620 Millionen Mark infolge der

Morgen zur Wahl! Wahlzeit von 8—17 Uhr!